

Ich will zu Beginn meines Beitrages einige Grundpositionen des Bremer Friedensforums benennen.

- **Konflikte müssen mit friedlichen Mitteln gelöst werden!** Gespräche, Verhandlungen, Strategien der zivilen Konfliktlösung müssen den absoluten Vorrang vor Militäreinsatz haben. Wir lehnen militärische Auseinandersetzungen und Krieg zur Durchsetzung machtpolitischer und ökonomischer Interessen entschieden ab.
- **Humanitäre Kriege gibt es nicht.** Kriege, die unter dem Label „humanitär“ geführt werden, sind und bleiben Kriege und bringen Zerstörung und Tod. Auch sogenannte humanitäre Kriege sind Massenmord. Wir lehnen entschieden ab, Kriege als Friedensmissionen zu bezeichnen.
- Aus den Erfahrungen des 1. und 2. Weltkrieges hat die Weltgemeinschaft versucht, ein Regelwerk zu entwickeln, mit dem in Zukunft Kriege verhindert werden sollen. Dieses Regelwerk ist das Völkerrecht. Die Organisation, die über dieses Regelwerk wacht, ist die UNO (Vereinte Nationen) mit ihren Organen Sicherheitsrat und Vollversammlung. Sicher gibt es berechtigte Kritik an der UNO, aber eine Schwächung der UNO führt nur zu weiterer Regel- und Gesetzlosigkeit. Regeln nutzen den Schwachen, ohne Regeln herrscht allein das Recht des Stärkeren. **Wir lehnen eine Schwächung oder Missachtung der UNO entschieden ab.**
- **Das Völkerrecht muss für alle gelten.** 1989, vor 20 Jahren haben Nato-Staaten, darunter auch die BRD, Jugoslawien überfallen und zerbombt. Die Zerschlagung Jugoslawiens war völkerrechtswidrig. Obwohl viele Nato-Staaten regelmäßig gegen das Völkerrecht verstoßen, maßen sie sich an, in bestimmten Fällen Sanktionen gegen Länder zu verhängen. Begründet wird das mit einem Verstoß gegen das Völkerrecht, wie im Fall von Russland. Dass sie selbst oder ihre Partnerländer gegen das Völkerrecht verstoßen, ist kein Thema und scheint erlaubt. Wir fordern eine Rückkehr zum Völkerrecht und lehnen entschieden ab, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird.
- **Wir verteidigen das Grundgesetz der Bundesrepublik,** das den Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung des eigenen Landes erlaubt. Wir lehnen daher alle Bundeswehreinätze im Ausland ab.
- **Wir betrachten die NATO als Kriegsbündnis.** Gegründet als Militärbündnis gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten, hat sie nach dem Ende der sozialistischen Staaten eine neue Daseinsberechtigung erfunden, den unbegrenzten und unregelmäßigen „Krieg gegen den Terror“. Die NATO und ihr angehörende Staaten und Verbündete haben in den letzten 20 Jahren eine Blutspur durch Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und den Jemen gezogen. Der Terrorismus wurde durch diese Kriege erst groß gemacht. *Wir fordern: BRD raus aus der NATO!*
- **Wir lehnen Rüstungsexport ab.** Rüstungsexport ist Mord. Waffen aus Deutschland und auch speziell aus Bremen heizen Kriege in aller Welt an. Wir sind uns einig mit der Mehrzahl der Bundesdeutschen, die Waffenexporte v.a. in Krisen- und Kriegsgebiete ablehnen.

Aus diesen grundsätzlichen Positionen heraus verurteilen wir die Politik der türkischen Regierung unter Erdogan. Wir verurteilen schärfstens den Krieg Erdogans gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Die Bombardierung von Städten wie Sur, Cizre und Nusaybin ist ein Verbrechen und muss völkerrechtlich bestraft werden. Wir fordern mit dem alten Slogan der Friedensbewegung: **Die Waffen nieder! Die Friedensgespräche zwischen Kurden und Vertretern der türkischen Regierung müssen wieder aufgenommen werden!**

Wir verurteilen die militärische und logistische Unterstützung der türkischen Regierung für terroristische Banden wie den IS.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Überfall der Türkei auf das souveräne Land Syrien. Wir verurteilen die militärische Besetzung syrischer Orte und Städte und die Vertreibung ihrer

Bevölkerung.

Unser Protest richtet sich aber nicht nur gegen Erdogan. Wir verurteilen die Haltung der deutschen Bundesregierung zur türkischen Regierung.

Wir verurteilen das Schweigen der Bundesregierung zu den Verbrechen Erdogans. Die türkische Regierung verstößt permanent gegen Menschenrechte und Völkerrecht, aber die Bundesregierung pflegt weiter gute Beziehungen zur Türkei, es gibt keine Verurteilung, keine Ächtungen, keine Sanktionen. Nichts davon. Ganz im Gegenteil, Türkei und Bundesregierung arbeiten eng zusammen, militärisch und geheimdienstlich. Die Daten der völkerrechtswidrig in Syrien agierenden Aufklärungsflyer der Bundeswehr gehen auch an die Türkei als NATO-Mitglied und dienen der Türkei als Information für ihre Feldzüge gegen die Kurden. Bei der Verfolgung fortschrittlicher kurdischer und türkischer Genossen und Genossinnen in der BRD arbeiten die beiden Geheimdienste eng zusammen. Der Asylpakt zwischen der BRD und der Türkei ist eine Kumpanei, die alle Reden der Bundesregierung von Menschenwürde und Menschenrechten Lügen straft.

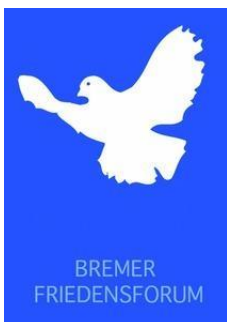
Wir protestieren gegen einen weiteren bundesdeutschen Skandal: **gegen die Waffenlieferungen aus deutscher Produktion an die Türkei.** Grundsätzlich lehnen wir Waffenexporte ab, die Lieferung von Waffen an Regierungen, die im eigenen Land und gegen Nachbarländer Krieg führen, ist besonders zynisch. Die „westlichen Werte“ stehen nur auf dem Papier, in Wirklichkeit geht es um nichts anderes als Geschäftemacherei. Die Bundesregierung erlaubt die Lieferung von Panzern an die Türkei. Die Türkei setzt die Panzer im Krieg gegen die Kurden ein. Die Bundesregierung erlaubt die Lieferung von Panzerabwehrraketen an die Peschmerga im Irak, was dazu führt, dass deutsche Waffen sich gegenüberstehen. (Abgesehen davon, dass viele dieser Waffen beim IS gelandet sind.) Das Ganze nutzt vor allem der Rüstungsindustrie, deren Kassen klingeln. Auch ein Bremer Rüstungsbetrieb, Rheinmetall, verdient gut an diesen Geschäften. 2018 haben sich die deutschen Rüstungsverkäufe in die Türkei verdreifacht. **Wir fordern den sofortigen Waffenexportstopp in die Türkei!**

Auch am Beispiel der Türkei bewahrheitet sich die alte Losung: **Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.**

Dagegen werden wir nur etwas ausrichten können, wenn die Friedensbewegung stärker wird, wenn wir uns zusammenschließen gegen deutsche Kriegspolitik, wenn wir gemeinsam auf die Straße gehen. Eine der nächsten Gelegenheiten dazu ist der Ostermarsch: In Bremen am Ostersonntag, 20.04. um 11.00 Uhr Auftaktkundgebung am Bahnhof, anschließend Demonstration, um 12.00 Uhr Abschlusskundgebung am Marktplatz.

Wir laden Euch herzlich zur Teilnahme ein. Gerne in einem eigenen Block mit Euren Losungen und Forderungen. Wir würden uns freuen, wenn jemand von Euch auf einer der Kundgebungen einen Redebeitrag halten würde.

Vielen Dank!



Barbara Heller, Sprecherinnenkreis Bremer Friedensforum, Villa Ichon Goetheplatz 4,

D - 28203 Bremen, 0049- (0)421 - 4341852

www.bremerfriedensforum.de

www.facebook.com/bremerfriedensforum